

Kann man gezwungen werden, digitalen Unterricht zu halten?

Beitrag von „Kris24“ vom 31. Mai 2020 12:57

Zitat von Karl-Dieter

Das ist dann meines Erachtens nach immer Versagen der Schulleitung bzw. der Schule und nicht des Schulträgers.

Nein, weil es in jedem Bundesland und in jeder Gemeinde (Schulträger) anders geregelt ist.

Meine ersten Jahre als Lehrer habe ich in NRW unterrichtet. Wenn wir etwas benötigt haben, gingen wir zum stellvertretenden Schulleiter und wir erhielten es. Begrenzte Gelder habe ich damals nie erlebt, wir wurden nur gefragt, ob es wirklich nötig sei.

Dann bin ich aus privaten Gründen nach Baden-Württemberg gewechselt, leider konnte ich nicht direkt an meinen Wunschort, sondern musste erst 6 Jahre nach "württembergisch Sibirien". Dort erhielt ich als Sammlungsleiterin erstmals einen festen Betrag für Chemie, den ich nur für Verbrauchsartikel unter 400 € ausgeben durfte. Alles andere musste beim Gemeinderat beantragt werden (ich lernte von den anderen Fachkonferenzvorsitzenden, wie man begründet und nach 5 Jahren hatten wir sogar eine Spülmaschine in der Chemie, anderes ging schneller).

Vor einigen Jahren durfte ich dann nach mehreren Versetzungsanträgen hierher wechseln. Hier erhält die Schule einen festen Betrag für alles, das zwar weitgehend selbstbestimmt ausgegeben werden darf, aber Schulbücher und Mobiliar nehmen einen sehr großen Anteil ein. Für Chemie blieb in den letzten Jahren immer weniger übrig, inzwischen verzichten wir teilweise auf neue Schulbücher, um wenigstens die notwendigen Chemikalien kaufen zu können (zum Glück gibt es noch die Spende von der chemischen Fond für teure chemische Geräte), ich beantrage sie regelmäßig.

Bis vor ca. 7 Jahren wurde von dem Jahresgeld des Schulträgers, wenn genug gespart wurde, 1 - 3 Räume pro Jahr mit moderner Technik ausgestattet. Mit der Folge, dass fast jeder neu ausgestattete Raum andere Technik zu Verfügung hat (2, 3 Jahre später gibt es die alte nicht mehr) und wir mindestens 20 Jahre benötigt hätten bis der letzte Raum ausgestattet worden wäre. Unsere Schulleitung beschloss, dass dies nicht so weiter geht und wandte sich an die Stadt. Es wurde genehmigt und damit es schneller geht, schrieb ein Kollege der erweiterten Schulleitung (der das gelernt hatte) den Ausschreibungsplan (über 100 Seiten). Es ging durch den Gemeinderat und sollte die Woche darauf europäisch ausgeschrieben werden. Dann kam die erste Ankündigung des Bundes und alles wurde gestoppt. Es gibt keine Gelder rückwirkend

und es geht um sehr viel Geld für unsere kleine Stadt. Dann passierte erst einmal nichts, es wurde ein neuer Bundestag gewählt, es passierte wieder nichts, unsere Schulleitung sprach ständig mit der Stadt und vor ca. 3 Jahren war die Stadt bereit, es doch selbst zu zahlen (ein neuer Plan, neuer Gemeinderatbeschluss, neue Ankündigung des Bundes, wieder Stopp).

Seit letztem Oktober hat Baden-Württemberg das Geld und damit es nicht verschwendet wird, muss ein genauer Plan (in 8 (?) Stufen) erstellt werden. Dank unserer langjährigen Vorbereitung waren wir schon bei Stufe 5 und hofften den Rest schnell zu schaffen. Aber die Gemeinde will einmal für alle ihre Schulen gleichzeitig beantragen (auch sie muss sehr ausführliche Pläne schreiben) und Grund-und Werkrealschulen waren nicht soweit. Mein Kollege half, wo er nur konnte (deshalb wehre ich mich so gegen den Vorwurf, die Schulleitung ist schuld), es soll jetzt im Sommer klappen.

Kurz ich wundere mich nicht, dass nur 40 Mio. von 5 Mrd. (lt. Eisenmann) bisher ausgezahlt wurden. Aber für Außenstehende ist das nicht zu verstehen (wurde in der Coronazeit oft genug geäußert).